



Interviews

Datum: 20.03.2024

Christoph Heinemann im Gespräch mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP

Christoph Heinemann: Frage: Was haben Björn Höcke, Sahra Wagenknecht und Gerhard Schröder gemeinsam? – Antwort: Sie haben Rolf Mützenich gelobt, genauer seine Anregung über ein Einfrieren des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges nachzudenken mit seinen mutmaßlich zahlreichen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ob sich der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion über diese Unterstützung freut, darf man bezweifeln. Höcke und Wagenknecht steuern seit Kriegsbeginn einen lupenreinen Putin-Kurs und vielen in der SPD ist Gas-Gerd, wie die Boulevard-Presse den ehemaligen Kanzler nennt, einfach nur noch peinlich.

Unterdessen sind offenbar geheime Informationen aus einer Sitzung des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages an die Öffentlichkeit gelangt. Wie das passieren konnte, darüber herrschen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bärbel Bas, der Präsidentin des Deutschen Bundestages, und Marie-Agnes Strack-Zimmermann, der Gastgeberin der Veranstaltung. Die FDP-Politikerin ist Vorsitzende des Ausschusses. Bärbel Bas hatte ihre Verwunderung darüber ausgedrückt, dass 105 Personen an dieser Sitzung teilgenommen haben, in der schützenswerte Informationen ausgetauscht wurden. Es ging um Taurus-Marschflugkörper, die der Bundeskanzler im Gegensatz zu seinen Koalitionspartnern nicht oder noch nicht an die Ukraine liefern möchte.

Marie-Agnes Strack-Zimmermann ist auch Spitzenkandidatin der FDP für die Europawahl und jetzt am Telefon. Guten Morgen.

Marie-Agnes Strack-Zimmermann: Guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Frau Strack-Zimmermann, seit wann bespricht man vertrauliche Sachverhalte in Kompaniestärke?

Strack-Zimmermann: Das mag manche verwundern, aber das findet seit Jahrzehnten statt. Offensichtlich ist nur heute die Bereitschaft, aus geheimen Sitzungen zu plaudern, um sich möglicherweise wichtig zu machen, oder um eine politische Motivation daraus zu nehmen, Gang und Gäbe geworden, und das ist natürlich unerträglich. Aber ich sage Ihnen das gerne: Wir haben im Ausschuss 38 Abgeordnete, die selbstverständlich ein Recht haben, dort teilzunehmen, und diese Abgeordneten wiederum haben 38 Stellvertreter, von denen einige je nach Thema auch anwesend sind mit einer Hand voll Mitarbeitern. Das Gros, zwei Drittel – Herr Heinemann, das muss ich kurz sagen -, das Gros derer, die dort drinsitzen, ist das Ministerium der Verteidigung, das Auswärtige Amt, das Wirtschaftsministerium, der MAD, der Bundesnachrichtendienst, Kanzleramt, Präsidialamt und – Letzteres ist wirklich besonders schräg – die Landesvertretungen. Die dürfen auch jemand schicken. Das ist verbrieftes Recht.

Ich kann als Vorsitzende nicht einfach mal morgens sagen, Leute, ihr nervt mich, es sind zu viele hier, jetzt raus, ab ins Körbchen und raus aus der Sitzung. Das kann ich nicht und das weiß die Bundestagspräsidentin genau. Deswegen: Dass das sehr viele sind, entbindet aber nicht, wenn Sie mir erlauben, das noch zu sagen, jeden einzelnen, sich darüber im Klaren zu sein, wenn er aus einer Sitzung spricht, dass er dann strafrechtlich belangt werden kann.

Heinemann: Frau Strack-Zimmermann, wenn, wie Sie gerade gesagt haben, das Durchstechen absehbar war, dann hätten Sie doch Sicherheitsvorkehrungen treffen müssen, vielleicht ein ganz anderes Gremium wählen müssen.

Strack-Zimmermann: Nein! – Entschuldigung! Ich habe nicht gesagt, das Durchstechen ist absehbar. Ich habe gesagt, dass die Größe dieses Ausschusses gesetzlich vorgegeben ist, dass ich nicht einfach Leute raussetzen kann und dass ich aber feststelle, ganz konkret, dass seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine der Wille oder die Lässigkeit des einen oder der anderen plötzlich da ist, aus dem Ausschuss zu sprechen.

Heinemann: Und an dem Punkt kann man doch nicht einfach sagen, wir machen jetzt so weiter, als wäre nichts gewesen.

Strack-Zimmermann: Nein! – Entschuldigen Sie noch mal: Es gibt Recht und Gesetz. Diese Personen, von denen ich gerade sprach – übrigens: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind alle sicherheitsüberprüft, all die, die dort sind, die außerhalb qua Amtes dort sind. Ich kann die de jure nicht raussetzen und das weiß Frau Bas auch. Es gibt jetzt zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist, dass die Ministerien – und darauf werden wir drängen – die Anzahl ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch Verbindungsoffiziere, schlichtweg, wenn es geheim wird, wenn wir auf Geheim umschalten, dass die ihre eigenen Leute zurückziehen. Das ist eine Möglichkeit, den Vorschlag werden wir machen. Das wird keine große Freude auslösen, weil jeder glaubt, er sei in dem Moment wichtig vor Ort. – Das zweite ist, dass wir als Abgeordnete Vorschläge machen, wie wir einen Anteil unserer Mitarbeiter – da will ich aber nicht vorgreifen – bitten, den Raum zu verlassen, wenn es geheim wird. Das kann man machen. Juristisch, Herr Heinemann, habe ich keine Handhabe und mein Vorgänger, Wolfgang Hellmich, Sozialdemokrat, der das sechs Jahre gemacht hat, wird Ihnen bestätigen, dass uns da leider als Vorsitzende die Hände gebunden sind, übrigens nicht nur bei uns, sondern auch im Auswärtigen Ausschuss.

Heinemann: Hätten Sie als Ausschussvorsitzende nicht sagen könne, ich lasse jetzt den Ausschuss Ausschuss sein und lade einfach nur die Obleute der Fraktionen und der Gruppen ein?

Strack-Zimmermann: Nein, das geht nicht, denn wir haben als Bundestagsabgeordnete das Recht, das verbrieft Recht, selbstverständlich Informationen zu bekommen, und wir haben natürlich einen Problemfall, den ich an dieser Stelle nicht ausnehmen möchte, und das ist ein Abgeordneter der AfD, der Vorsitzende der Jungen Alternative, der vom Verfassungsschutz beobachtet wird und der auch Mitglied dieses Ausschusses ist. Nicht mal dem – und darauf habe ich die Bundestagspräsidentin auch hingewiesen, dass wir eine Lösung finden müssen -, nicht mal dem kann ich sagen, gehen Sie bitte vor die Tür, das was wir hier besprechen sollte nicht zu Ihren Ohren kommen.

Heinemann: Was wird sich künftig ändern?

Strack-Zimmermann: Ich glaube erst mal, dass die Bundestagspräsidentin dafür Sorge tragen muss. Sie muss nicht mir einen Brief schreiben, sondern sie sollte Ihrer Aufgabe nachkommen, die Staatsanwaltschaft einzuschalten. Dann muss man sich die Listen anschauen. Wir können ja genau sehen, wer war im Raum, wer war eine Woche vorher im Raum. Das kann man sehr gut sehen. Und dann die Selbstverpflichtung der Ministerien - noch mal: Zwei Drittel der Anwesenden kommen aus den Ministerien -, dass diese jeweils sagen, dass deutlich weniger Personal dabei ist. Boris Pistorius, mit dem ich gestern darüber sprach, hat angekündigt, das wird er machen. Ich bitte jetzt nur, dass ich da nicht ins Detail gehe, weil wir gleich eine Sitzung haben und das dann mit den Obleuten besprechen, wie wir in Zukunft damit umgehen. Aber noch mal: Jeder, der da sitzt, ob da drei, fünf oder 20 sitzen, ist verpflichtet, die Klappe zu halten, und das ist von Relevanz. Das ist von Relevanz und ich hätte mir gewünscht, dass die Bundestagspräsidentin das in den Mittelpunkt ihres Briefes stellt, der übrigens auch über die Öffentlichkeit ging, weil das wieder jemand durchgestochen hat.

Heinemann: Stichwort Brief. Wir haben Rolf Mützenich gerade gehört. Sie haben ja auch einen Brief geschrieben. Warum hat erst die interessierte Öffentlichkeit und dann erst die Präsidentin des Deutschen Bundestages von Ihrem Brief Kenntnis erhalten?

Strack-Zimmermann: Ja, der gute Herr Mützenich sollte sich vielleicht vorher erkundigen. Ich habe, nachdem ich Post von der Präsidentin bekam, mit ihr telefoniert. Wir haben uns über die Lage ausgetauscht. Ich habe ihr gesagt, dass ich ihr antworten werde, dass der Brief sie unmittelbar abends erreicht - vielleicht war sie da nicht mehr im Büro – und dass

erst am nächsten Tag die Öffentlichkeit darüber in Kenntnis gesetzt wird, weil ich das nicht im Raume stehenlasse. Das kann Herr Mützenich nicht wissen. Ich gehe nicht davon aus, dass er weiß, was abends im Büro der Bundestagspräsidentin geschieht.

Ich glaube, wir sollten uns auch nicht daran aufhalten, sondern wir sollten uns darauf wirklich besinnen, dass wir in einer hoch prekären Lage sind, dass dieser Ausschuss entsprechend wichtig ist, dass wir unseren Verpflichtungen nachkommen. Der Wutausbruch des Herrn Mützenich – ich gehe mal davon aus, ich lebe ja auch schon 66 Jahre auf dieser Erde, dass er abgelenkt hat von dem Thema, was uns eigentlich und wirklich beschäftigen sollte, nämlich dass Herr Mützenich tatsächlich vorgeschlagen hat, den Krieg in der Ukraine einzufrieren.

Heinemann: Was ging Ihnen durch den Kopf, als er das vorgeschlagen hat?

Strack-Zimmermann: Ich saß im Plenum und ich muss Ihnen sagen, wir debattieren ja seit Monaten über die Lieferung der Waffe, der Munition Taurus. Die Diskussion um den Taurus ist eine Kleinigkeit, gemessen an dem, was Herr Mützenich gesagt hat. Das ist wirklich skandalös, weil Herr Mützenich sich abkehrt von der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Er rammt sozusagen die Ukraine von westlicher Seite ein, dahingehend, dass er einen Krieg einfrieren will, der ausgelöst wurde vom Verbrecher Putin - die Ukraine wehrt sich seit zwei Jahren; da wird vergewaltigt, gestorben, verschleppt, gefoltert – und bekommt nun von Herrn Mützenich gesagt, wir frieren das jetzt mal ein und dann schauen wir weiter.

Heinemann: Er beruft sich auf die Konflikt- und Friedensforschung. – Frau Strack-Zimmermann, an jedem Tag sterben auf beiden Seiten hunderte Menschen, werden Menschen Gliedmaßen abgerissen, sterben ukrainische Zivilisten durch den mutmaßlichen Kriegsverbrecher Putin, das Ganze für einen Stellungskrieg. Welchen Sinn ergibt das?

Strack-Zimmermann: Herr Heinemann, Sie irritieren mich mit dem, was Sie sagen. Sie haben völlig zurecht gerade aufgeschlüsselt, was dort alles passiert. Ich darf höflich daran erinnern, dass Russland die Ukraine angegriffen hat. Russland kann heute – und damit ist die Zielfigur nicht die Ukraine, sondern Wladimir Putin – diesen Krieg beenden, sofort, wenn er seine Truppen zurückzieht. Die Ukraine wehrt sich und wenn sie das nicht macht – das ist übrigens völkerrechtlich ihr Recht -, wird nicht nur die Ostukraine, die so groß ist wie Portugal, sondern die ganze Ukraine von der Landkarte verschwunden sein. Die Ukrainer kämpfen um Freiheit, etwas was wir vielleicht gar nicht mehr registrieren, weil wir in einer Selbstverständlichkeit in Freiheit leben. Sie kämpfen um Freiheit. Und Unterdrückung, Herr Heinemann, ist kein Frieden. Die Lage ist: Wenn man sie einfrieren will, ändert sich nichts, denn wenn Sie heute Mist einfrieren, bleibt es auch in 20 Jahren Mist, um mal im Bild zu bleiben.

Das heißt, Herr Mützenich greift, Sie sagten es gerade, nach Konflikt- und Friedensforschung. Ich übersetze Ihnen das in sozialdemokratische Appeasement-Politik, die uns nie weitergebracht hat.

Heinemann: Das ist ein harter Vorwurf. – Frau Strack-Zimmermann, wie kann die Ukraine ohne Munition eine militärische Lage schaffen, die ihr am Verhandlungstisch zu einer starken Position verhelfen würde?

Strack-Zimmermann: Ich glaube, ich gehe davon aus, Herr Heinemann, dass Sie gestern die gute Botschaft von Minister Pistorius gehört haben, der sich übrigens auch von Herrn Mützenich distanziert.

Heinemann: Bei uns im Deutschlandfunk.

Strack-Zimmermann: Nämlich dahingehend – bei Ihnen im Deutschlandfunk, ein guter Sender -, dass er sich gestern hingestellt hat. Er war beim Ramstein-Format, hat mit den Partnern, unter anderem auch den Vereinigten Staaten gesprochen, auch den osteuropäischen Partnern, also all denen, die die Ukraine seit zwei Jahren unterstützen, und hat klargemacht, wieviel Munition jetzt im Zulauf ist.

Das Problem, Herr Heinemann, ist, dass die Ukraine sehr viel Munition braucht, mehr als man täglich herstellen kann, und dass da jetzt richtig Bewegung reinkommt. Noch mal: Die Ukraine übrigens wird entscheiden, nicht wir, nicht Rolf Mützenich, nicht die Appeasement-Politik der Sozialdemokratie. Nur die Ukraine wird entscheiden, ob sie gewillt ist, sich gegen diesen mörderischen Angriff zu wehren. Ich kann Ihnen nur für die Freien Demokraten sagen, für die FDP, dass wir wirklich ohne Wenn und Aber an der Seite der Ukraine stehen. Dieses Auftauen der Gedanken von Rolf Mützenich, das ist ja eigentlich fatal, dass in diesen Taurus-Diskussionen der wahre Kern aufgetaut ist, und ich bedauere es, dass einige der sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen – ich arbeite übrigens mit denen im Ausschuss sehr gut zusammen -, dass die phrenetisch geklatscht haben. Da ist, in der Tat, die Diskussion um ein Waffensystem Taurus wirklich nur noch eine Petitesse, gemessen an dem. Jetzt geht es ums Grundsätzliche, und Sie sagten es gerade: Dass Herr Höcke, Frau Wagenknecht und der ehemalige Bundeskanzler das goutieren und klatschen, sagt alles.

Heinemann: Darauf, dass die sich Gehör verschaffen können, setzt Putin und in diese Reihe sollten Sie Rolf Mützenich nicht eingemeinden. Frage deshalb: Können Deutschland und Europa Langstrecke?

Strack-Zimmermann: Wieso sagen Sie, man könnte ihn nicht eingemeinden? – Wenn ein Vorsitzender ...

Heinemann: Sehen Sie keinen Unterschied zwischen Herrn Höcke, Frau Wagenknecht und Herrn Schröder und Herrn Mützenich?

Strack-Zimmermann: Nein! – Entschuldigung! – Es geht doch darum, noch mal, ich wiederhole mich ungern: Russland hat die Ukraine überfallen. Das begrüßen offensichtlich Frau Wagenknecht und Herr Höcke. Frau Wagenknecht hat übrigens live und in Farbe in Talkshows auch vor dem Angriff immer wieder betont, Russland würde das nicht machen, warum soll es das auch machen. Das Ende kennen wir.

Der ehemalige Bundeskanzler, welche Nähe er hat zu Gazprom und Putin brauchen wir hier auch nicht weiter zu vertiefen.

Wenn Herr Mützenich von Einfrieren spricht und von diesen Persönlichkeiten, wenn das beklatscht wird, geht er in die Richtung, nämlich den Russen die Arbeit abzunehmen. Wenn wir im Westen diesen Konflikt einfrieren, was wir übrigens gar nicht können, sondern die Ukraine, dann ist das die Arbeit des Wladimir Putin, und wir werden als Freie Demokraten dagegen deutlich Stellung beziehen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.